

# Von der eingeladenen zur uneingeladenen Beteiligung: ein neues Verständnis partizipativer Technikgestaltung?

Peter Wehling, Universität Augsburg

Nachdem seitens der Technikfolgenabschätzung und der Sozialwissenschaften lange Zeit große Hoffnungen auf partizipative Technikbewertung (pTA) gesetzt worden sind, macht sich in jüngster Zeit eine gewisse Ernüchterung breit (vgl. exemplarisch Bogner 2010; Delgado et al. 2010). Genauer betrachtet bezieht sich diese Ernüchterung vorwiegend auf diejenigen Ansätze und Verfahren, die Brian Wynne als „invited forms“ von Partizipation bezeichnet hat, d.h. die Teilnahme von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern oder ausgewählten zivilgesellschaftlichen Gruppen an organisierten Diskussions- und Beratungsprozessen wie Bürgerkonferenzen oder „Stakeholder“-Dialogen. Kritisiert wird unter anderem, dass solche Verfahren politisch folgenlos bleiben oder dass es ihnen nicht gelingt, alternative soziale Bewertungsperspektiven herauszuarbeiten, die sich von den Rationalitätsvorgaben der wissenschaftlichen Experten zu lösen vermögen.

Nach einer kurzen Darstellung der Probleme und Dilemmata solcher Formen eingeladenener Partizipation wird der Blick in dem Beitrag primär auf Phänomene „uneingeladener“ Partizipation gerichtet, d.h. auf die direkte, interessegeleitete und/oder politisch motivierte Einmischung von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen in die Wissensproduktion und Technikgestaltung. Zurückgegriffen wird dabei unter anderem auf erste Ergebnisse eines laufenden Forschungsvorhabens über die Aktivitäten von Patientenorganisationen in der Medizin sowie von zivilgesellschaftlichen Gruppen im Feld der Nanotechnologie. Wenngleich solche Formen aktiver (Mit-)Gestaltung von Technik keineswegs ohne Probleme sind, verweisen sie doch auf ein umfassenderes und zugleich „politischeres“ Verständnis von Partizipation. Wie in dem Beitrag verdeutlicht werden soll, stützt sich dieses Verständnis auf andere Legitimationsgrundlagen und andere Konzepte der Politischen Theorie und Demokratietheorie als sie hinter den gängigen pTA-Verfahren stehen. Während letztere vorwiegend auf die vermeintlich interessenenthobene Deliberation gleichsam „unvorbelasteter“ Laien ausgerichtet sind, wird in einem erweiterten Verständnis von Partizipation (und partizipativer Governance) das Augenmerk auf die Artikulation zivilgesellschaftlicher Interessen sowie auf Interventionen in die praktische Gestaltung von Techniken (einschließlich deren möglicher Ablehnung und Blockade) gelenkt. Abschließend wird danach gefragt, welche Implikationen eine solche Auffassung von Partizipation in Technikfragen für die Praxis institutionalisierter TA hat.